

Andreas

Mehltretter

Ihr Bundestagsabgeordneter
mit Lust auf Fortschritt



FEBRUAR 2024

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

es gibt Kritik an der Ampel, die ist berechtigt. Es gibt zu viel Streit, einige Gesetze sind unausgegoren ins Parlament gekommen und insgesamt wird viel zu wenig erklärt. Und das prägt leider das Bild der Ampel.

Vor kurzem ist aber auf Spiegel online eine interessante Kolumne erschienen: „Und Deutschland wird doch gut regiert“, hat Susanne Bayer geschrieben.

Deutschland wird gut regiert? Wie kommt die Autorin auf diese Aussage? Wo wir doch immer wieder lesen und hören, wie schlecht doch alles bei uns läuft?

- ☞ Sie kommt darauf, weil Deutschland immer noch eine starke Wirtschaft hat und noch nie so viele Menschen in Deutschland Arbeit hatten wie zur Zeit.
- ☞ Sie kommt darauf, weil wir vieles aus dem Koalitionsvertrag bereits umgesetzt haben. Dazu gehören gerade die Projekte, die für uns wichtig sind: höherer Mindestlohn, Bürgergeld,

höheres Wohngeld, höheres Kindergeld und weniger Einkommensteuer für die meisten von uns.

- ☞ Sie kommt darauf, weil wir Deutschland erfolgreich durch die Krisen der letzten Jahre geführt haben. Wir haben dafür gesorgt, dass Lichter und Heizungen nicht ausgegangen sind, weil wir unsere Gasversorgung sichergestellt haben.
- ☞ Und sie kommt darauf, weil High-Tech-Unternehmen viel Geld in Deutschland investieren – so wie z. B. Daiichi-Sankyo in Pfaffenhofen.

Trotz der schwierigen Haushaltslage schaffen wir große Zukunftsinvestitionen, die unter Merkel trotz viel einfacheren Finanzbedingungen niemals möglich waren: in Chip-Fabriken, in Batterieherstellung, in die grüne Umstellung von Stahlwerken, in die Schieneninfrastruktur und so weiter. Wir haben viel Geld mobilisiert, um den Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen zu schaffen.

Die Ampel-Bilanz kann sich also durch-

aus sehen lassen. Wir haben die Krisen gemeistert, wir machen unsere Wirtschaft fit für die Zukunft, und wir haben – trotz der FDP! – den Sozialstaat gestärkt.

Und wir haben auch noch einiges vor in den nächsten gut eineinhalb Jahren Ampel. Für uns die wichtigsten Projekte sind die Kindergrundsicherung und das Tarifneugesetz.

Dass vieles nur schwer durchsetzbar ist, dafür sorgt leider die Union im Bundesrat. Wir haben Entlastungen für die Wirtschaft beschlossen – die hat die Union im Bundesrat kleingeschreddert. Wir wollen die Finanzierung der Krankenhäuser so umstellen, dass sich die Strukturen auch auf dem Land finanziell tragen. Nach langer Blockade können wir das zum Glück auch ohne Union umsetzen jetzt.

Wir haben sicher nicht die schlechteste Regierung aller Zeiten. Wir haben aber eine Opposition, der es nur um die Zerstörung der Regierung geht. Und das ist schlecht für Deutschland.

IHR ANDREAS MEHLTRETTER

**IM DETAIL:
ZWEI JAHRE AMPELKOALITION**

Was bringt die Ampel für die Menschen in Deutschland? Für viele haben wir eine ganz konkrete Verbesserung ihrer Lebenssituation erreicht.

**DEMOS GEGEN RECHTS:
NIE WIEDER IST JETZT!**

Der Bundestag hat im November das Wärmeplanungsgesetz beschlossen. Was bedeutet das für die Kommunen? Und was für die Hausbesitzer:innen?

AUSGABE 7, FEBRUAR 2024

Neues aus dem Bundestag für die Landkreise Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt und Eichstätt.

Zwei Jahre Ampelkoalition: Wir haben viel erreicht.

Vor zwei Jahren haben wir mit den Grünen und der FDP unseren Koalitionsvertrag unterschrieben und darin mehr Fortschritt versprochen.

Dieses Versprechen lösen wir ein: Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wurden bereits knapp zwei Drittel der Maßnahmen aus dem Vertrag entweder umgesetzt (38 Prozent) oder mit der Umsetzung begonnen (26 Prozent). Eine „vielversprechende Zwischenbilanz“, wie die Studienautor:innen schreiben.

BEWÄLTIGUNG DER KRISEN

Es gab noch nie eine Koalition, die von Anfang an mit derart vielen und schweren Krisen zu kämpfen hatte.

Dem Einmarsch Russlands in die Ukraine mussten schnelle Entscheidungen folgen. Wir müssen Sicherheitspolitik neu denken, mit dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr ziehen wir die Konsequenzen aus einer komplett veränderten Sicherheitslage.

Und auch in der Energiepolitik brauchte es schnelle Entscheidungen. Mit drei Entlastungspaketen und mit den Gas- und Strompreisbremsen haben wir dafür gesorgt, dass die Bürger:innen angesichts der steigenden Preise nicht überfordert wurden.

Allein das ist eine mehr als ordentliche Leistung unserer Koalition.

WAS BRINGT DIE AMPEL?

Zwei Drittel der Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sind auf den Weg gebracht. Was bringt das für die Bürger:innen?

Für viele bringt das eine ganz konkrete Verbesserung ihrer Lebenssituation.

👉 **Arbeitnehmer:innen:** Jede Arbeit verdient Respekt und Anerkennung. Dazu gehören sichere Arbeitsplätze, angemessene Löhne und eine gerechte Besteuerung. Wer keine Arbeit hat, erhält bessere Unterstützung und mehr Chancen.

Sechs Millionen Beschäftigte haben durch unsere Politik und den höheren Mindestlohn mehr Geld in der Tasche. Und wir bleiben dran, den Mindestlohn anständig weiter anzuheben. 48 Millionen Beschäftigte, Rentner:innen und Selbständige zahlen insgesamt 18,6 Milliarden weniger Einkommenssteuer.

Die Weiterbildungsförderung wurde verbessert. Mit dem Qualifizierungsgeld gibt es ein Förderinstrument, das die Qualifizierung im Unternehmen unterstützt.

👉 **Familien:** Wir entlasten Eltern beim täglichen Spagat zwischen Beruf und Familie und geben ihnen Sicherheit im Alltag.

Wir haben dafür das Kindergeld erhöht: Seit 1. Januar 2023 gibt es für jedes Kind 250 Euro pro Monat. Der Kreis der Empfänger:innen von Wohngeld ist verdreifacht worden: Insgesamt 4,5 Millionen Menschen können nun Wohngeld erhalten.

Seit dem 1. Januar 2023 gibt es das „Wohngeld Plus“. Im Schnitt verdoppelt sich das Wohngeld damit von rund 180 Euro auf rund 370 Euro. Wir

fördern den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum für Familien.

Wir investieren weiter viel Geld in eine bessere Kinderbetreuung. Mit dem KiTa-Qualitätsgesetz unterstützt der Bund die Länder 2023 und 2024 mit rund vier Milliarden Euro. Die stufenweise Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule unterstützen wir mit einem Investitionsprogramm in den Ausbau der Infrastruktur vor Ort. Über drei Milliarden Euro stehen zur Verfügung – für mehr ganztägige Angebote in den Grundschulen, die die Teilhabechancen von Kindern verbessern.

👉 **Junge Menschen:** Wir wollen, dass alle jungen Menschen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben. Wir setzen auf gute Bildung, mehr Mitsprache und eine klimaneutrale Zukunft.

Ab August 2024 greift die Ausbildungsgarantie: Wer keine Lehrstelle findet, hat Anspruch auf eine außerbetriebliche Berufsausbildung.

Das Bafög beträgt nun bis zu 934



Wir machen die richtige Politik. Wir brauchen aber auch die Akzeptanz dafür. Das heißt: Wir müssen mit den Menschen reden. Wir müssen unsere Politik erklären. Wir müssen deutlich machen: Nur mit der SPD in der Ampel bringen wir tatsächlich gute Dinge voran in diesem Land. Mindestloohnerhöhung, Kindergelderhöhung, Bürgergeld – das sind extrem wichtige soziale Projekte, die mit der Union nie möglich gewesen wären.

Euro . Außerdem haben wir die Freibeträge beim Einkommen der Eltern stark erhöht. Damit haben jetzt mehr Menschen einen Bafög-Anspruch.

Wir fördern neue Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende. 500 Millionen Euro stehen 2023 dafür im Sonderprogramm „Junges Wohnen“ bereit.

Wir wollen, dass junge Menschen mehr mitentscheiden können. Deswegen haben wir das Wahlalter bei der Europawahl gesenkt: Schon bei der Europawahl 2024 können auch Jugendliche ab 16 wählen.

Wir stellen die Weichen dafür, dass Deutschland spätestens 2045 klimaneutral ist. Dafür beschleunigen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und unterstützen mit der Heizungsförderung, damit wir in den nächsten 20 Jahren unser Land sozial verträglich auf klimafreundliches

Heizen umstellen können.

👉 **Rentner:innen:** Wir stärken die gesetzliche Rente als zentrale Säule der Alterssicherung. Damit stellen wir eine gute und verlässliche Rente nach vielen Jahren Arbeit sicher.

2023 gab es ein kräftiges Rentenplus: 4,39 Prozent im Westen und 5,86 Prozent im Osten.

Menschen, die wegen Krankheit frühzeitig in den Ruhestand wechseln, haben Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente. Der durchschnittliche monatliche Zahlungsbetrag neuer Renten wegen Erwerbsminderung ist von rund 628 Euro auf rund 882 Euro gestiegen. Rentner:innen, die bereits eine Erwerbsminderungsrente bekommen, erhalten ab 2024 einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent.

Es gibt mehr Pflegegeld und mehr Sachleistungen in der Pflege, insgesamt zehn Prozent mehr. Die Eigen-

anteile in Pflegeheimen wurden gebremst.

All das erleichtert die Lebenssituation der Bürger:innen und macht unser Land fit für die Zukunft. Wir setzen uns dabei für eine gerechte Gesellschaft ein, in der jede:r die Chance auf ein gutes Leben hat, unabhängig von der Herkunft.

Und wir treiben den klimafreundlichen Umbau unserer Wirtschaft voran, der sozial abgedeckt wird.

Daran arbeiten wir jetzt weiter. Dazu gehört, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie stärken. Von ihr hängen die wirtschaftliche Existenz ganzer Familien und auch der Wohlstand hierzulande ab. Wir wollen, dass Arbeitsplätze in diesem Land erhalten bleiben und neue entstehen. Deshalb treten wir ein für eine aktive Industriepolitik verbunden mit guter Arbeit und fairen Löhnen.

MEHR GESUNDHEITSSCHUTZ DURCH KONTROLLIERTEN UMGANG MIT CANNABIS

Der private Anbau, Besitz und Konsum von Cannabis wird entkriminalisiert. Durch kontrollierten Umgang, mehr Aufklärung der Bevölkerung, eine effektivere Suchtprävention und vor allem einen echten Kinder- und Jugendschutz soll der Gesundheitsschutz in Gänze gestärkt werden.

Mit dem Cannabis-Gesetz, das jetzt im Bundestag beschlossen wurde, wird künftig der private Eigenanbau von Cannabis von bis zu drei Cannabis-Pflanzen durch Erwachsene zum Eigenkonsum genauso möglich sein wie gemeinschaftlicher, nicht gewerblicher Eigenanbau von Cannabis in Anbauvereinigungen, den Cannabis Social Clubs.

Diese Clubs benötigen eine behördliche Erlaubnis und müssen umfassende gesetzliche Vorschriften einhalten. Für Cannabis oder deren Anbauvereinigungen soll auch nicht geworben oder Sponsoring betrieben werden dürfen. Es sind zudem Mengen- und Qualitätsvorgaben geplant, die durch die Behörden vor Ort kontrolliert werden.

Cannabis vom Schwarzmarkt kann mitunter schwer gesundheitsschädlich sein. Der Gehalt an der aktiven Substanz THC schwankt, oft ist das Cannabis gestreckt oder verunreinigt. Durch staatlich kontrolliert angebautes Cannabis in Canna-

bis Social Clubs sollen die damit verbundenen Gesundheitsrisiken drastisch gesenkt und die Drogenkriminalität perspektivisch zurückgedrängt werden.

Der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis soll dem Entwurf zufolge künftig für Erwachsene außerhalb von Anbauvereinigungen straffrei sein. Für 18- bis 21-Jährige sind strengere Regeln geplant, etwa ein geringerer THC-Gehalt und eine geringere

Abgabemenge pro Monat durch Cannabis Clubs.

Wir haben gesehen: Ein ausschließliches Verbot wirkt nicht! Nach dem Scheitern der Verbotspolitik machen wir daher den Gesundheitsschutz zum Maßstab unserer Cannabispolitik. Das ist ein Meilenstein hin zu einer vernünftigen Drogenpolitik, die auch in der Realität funktionieren kann.



Foto von Esteban López auf Unsplash

Bereits vor zwanzig Jahren hat Portugal Drogen entkriminalisiert. Statt auf Strafen setzt das Land auf Beratung, Hilfe und Prävention. Mit Erfolg. An diesem Erfolg wollen wir uns orientieren.

Demos gegen rechte Hetze

Nie wieder ist jetzt!



Viele Millionen Menschen sind in den letzten Wochen gegen rechts auf die Straße gegangen. Sie waren auf der Straße, um ein Zeichen für Freiheit und Demokratie zu setzen.

Demos gegen rechts gibt es, seit ich politisch aktiv bin. Immer wieder haben wir uns alle zusammengeschlossen, weil wir gefühlt haben, dass ein starkes Zeichen notwendig war: weil gegen Migrant:innen gehetzt wurde; weil Nazis eine Demo veranstaltet haben; weil Anschläge gegen Moscheen oder Synagogen verübt wurden; oder weil sich Querdenker mit Rechten vermischt haben.

DIESE DEMOS SIND NOTWENDIG

So präsent und so salonfähig wie heute waren Rassismus und rechte Hetze aber noch nie. Und wir erleben jeden Tag, in persönlichen Gesprächen, im Internet, in den Medien, wie der Konsens unserer Grundwerte von immer mehr Menschen in Frage gestellt wird.

Wir erleben Rassismus und Hass gegen Menschen, weil sie die angeblich „falsche“ Hautfarbe haben. Wir erleben offenen Antisemitismus, Hetze gegen Muslime und Hass gegen Menschen, weil sie die angeblich „falsche“ Religion haben. Und wir erleben unverhohlene Abwertung von Menschen, weil sie eine Behinderung haben.

Im Januar hat Correctiv aufgedeckt, dass führende AfDler:innen mit Unternehmer:innen, bekannten Vordenkern der neuen Rechten und auch mit Mitgliedern der Werteunion trafen, um über Deportationen im großen Stil zu sprechen. Wir dürfen uns nichts vormachen: Da saßen keine isolierten Einzelgänger zusammen in Potsdam. Das war ein Treffen des rechtsextremen deutschen Netzwerks – und die

AfD, eine Partei, die im Bundestag vertreten ist, saß bei diesem Treffen mit am Tisch.

Wir alle kennen die Berichte über rechts-extreme Chats aus der AfD. Chats in denen rassistische Gewaltfantasien und Verherrlichungen des Nationalsozialismus geteilt worden. All das ist ernst gemeint.

Es geht um viel. Das spüren wir alle. Und deswegen gehen die Menschen jetzt auf die Straße. Es geht jetzt darum, ob eine rechtsextreme Partei wie die AfD in Deutschland wieder die Politik bestimmen kann.

Wir müssen jetzt sehr deutlich sagen: Es gibt keinen Platz für Hass und Hetze in diesem Land! Es darf keinen Platz für Demokratiefeinde in dieser Demokratie geben! Die AfD ist rechtsextrem, völkisch, rassistisch, antidemokratisch und in sehr einflussreichen Teilen nationalsozialistisch. Für deren menschenverachtende Politik darf es keinen Platz geben – nicht in Bayern und nicht in Deutschland.



Foto: TinoGrafert

Es ist ein sehr ermutigendes Zeichen, das unsere Region in den letzten Wochen bei vielen Demos gesetzt haben: Die Menschen in unserem Land wollen eine Regierung, die für Freiheit und Demokratie steht. Das ist die Botschaft, die auch von unseren Demos aus ins Land geht.

Bundeshaushalt

Mehr Geld für Wohnungen und Soziales

Eine Milliarde mehr für neue Wohnungen, zusätzliche Mittel für die Migrationsberatung und die Freiwilligendienste, Fortsetzung der Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser auf dem bisherigen Niveau: Mit dem Anfang Februar beschlossenen Haushalt setzen wir viele Forderungen um, die auch von den Wohlfahrtsverbänden aus dem Wahlkreis an mich herangetragen wurden.

Zuletzt beim Gespräch mit der Caritas Freising und Pfaffenhofen. Die Mitarbeiter:innen berichteten von allgemein steigenden Anforderungen über unzureichende Förderung bis zum Fachkräftemangel. Diese Mitarbeiter:innen leisten unverzichtbare Arbeit bei der Flüchtlingsberatung oder in der Kinder- und Jugendhilfe. Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass diese Arbeit nicht einfacher wird, wenn jedes Jahr die Mittel in Frage gestellt werden.

Ich freue mich aber, dass es uns trotz der schwierigen Haushaltslage gelungen ist, für dieses Jahr die Mittel wieder zur Ver-

fügung zu stellen. Statt Kürzungen gibt es etwa nun 20 Millionen Euro zusätzlich für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer. Das bedeutet, dass die Wohlfahrtsverbände ihr Orientierungs- und Beratungsangebot weiterhin aufrechterhalten können, auch bei uns in der Region.

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer leistet seit vielen Jahren einen unverzichtbaren Beitrag, Menschen bei der Ankunft und Orientierung in Deutschland zu unterstützen. Sie bietet ihnen bestmögliche Rahmenbedingungen für die sprachliche, soziale und berufliche Integration. Beim notwendigen Ausbau des Angebots sind die zusätzlichen Mittel im Bundeshaushalt ein erster wichtiger Schritt.

Mit den Mitteln dafür leistet der Bund weiterhin seinen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Region.

In unserem Gespräch ging es auch um aktuelle politische Themen. Der Rechtsruck

macht uns allen Sorge. Gleichzeitig waren die Vertreter:innen der Caritas und ich uns einig, dass funktionierende Hilfesysteme als Brandmauer gegen Rechts wirken. Deshalb setzen meine Fraktion und ich uns dafür ein, dass diese Hilfesysteme auch funktionieren und Probleme behoben werden, statt Menschen, die auf die Sozialsystem angewiesen sind, zu stigmatisieren. Dazu gehört das neue Bürgergeld (siehe nächste Seite). Dazu gehört aber auch, dass wir die notwendigen Mittel für die Arbeit der Wohlfahrtsverbände bereit stellen.

Damit das soziale Miteinander in unserem Land erhalten bleibt, müssen wir uns besonders darum bemühen, dass die Probleme am Wohnungsmarkt behoben werden. Auch darüber waren wir uns einig. Deshalb ist es besonders wichtig, dass im Bundeshaushalt 2024 eine Milliarde Euro zusätzlich für den klimafreundlichen Neubau im Niedrigpreissegment zur Verfügung steht. Gerade in Oberbayern können nicht nur Familien, sondern auch Alleinerziehende und Seniorinnen und Senioren häufig die Miete für ihre Wohnung nur noch schwer aufbringen. Auch für Genossenschaften konnten die verfügbaren Fördermittel auf 15 Millionen fast verdoppelt werden, beim Mehrgenerationenwohnen konnten Kürzungen abgewendet werden.

Und auch für die Freiwilligendienste, die viele soziale Einrichtungen und Blaulichtorganisationen in der Region anbieten, gibt es 80 Millionen Euro zusätzlich. Ich bin froh, dass es gerade auch der SPD-Bundestagsfraktion gelungen ist, die Mittel weiterhin im Haushalt zu verankern.

Es gab in den letzten Jahren und auch aktuell immer wieder Vorschläge des Bundesfinanzministeriums, Mittel für Sozialleistungen und für die Wohlfahrtsverbände zu kürzen. Jedesmal haben wir das im Parlament verhindert. Ich hoffe wirklich, dass im nächsten Jahr in einem verlässlicheren Verfahren diese Mittel von Anfang an eingeplant sind. Das würde für mehr Sicherheit und Planbarkeit bei den Wohlfahrtsverbänden sorgen, die diese Programme tragen und mit Leben füllen.



Vielen Dank an die Freisinger Caritas-Kreisgeschäftsführerin Alexandra Myhok und ihrem Team sowie Gabriele Störkle von der Caritas Pfaffenhofen für den angenehmen und spannenden Austausch und vor allem für die wertvolle Arbeit!

In der Diskussion: Das Bürgergeld

Wir haben viel erreicht in der Ampel. Dazu gehört auch das neue Bürgergeld. Genau das wird aber gerade besonders von der Union kritisiert. Stimmt diese Kritik?

Dazu lohnt es sich noch mal zu schauen, warum wir das neue Bürgergeld geschaffen haben: Wir sind angetreten, alle Menschen mit dem Respekt zu behandeln, den sie verdienen, und haben nach fast zwei Jahrzehnten mit dem Bürgergeld die Fehler der Hartz-Reformen behoben.

ABSCHIED VON HARTZ IV

Bürgergeld, das bedeutet, dass der arbeitenden Mitte viel von der Angst genommen wird, wenn ein Schicksalsschlag zu Arbeitslosigkeit führt. Es bedeutet, dass Arbeitslose eine Ausbildung machen können und sie nicht mehr vorrangig in Helferjobs vermittelt werden müssen. Es bedeutet, dass das Arbeitsamt auch dreijährige Ausbildungen fördern kann. Es bedeutet, dass niemand mehr im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit direkt aus sei-

ner Wohnung ausziehen muss. Und es bedeutet, dass die Arbeitsagenturen und die Jobcenter nicht mehr von oben herab, sondern auf Augenhöhe mit den Menschen agieren, die ohne Arbeit sind.

Das ist genau der unterstützende Sozialstaat, den wir als SPD immer gewollt haben.

Und das ist auch angesichts des Fachkräftemangels ziemlich sinnvoll und hilft unseren Handwerksbetrieben und den Menschen, die einen Kita-Platz suchen, weil wir mit dem Bürgergeld einen Ausbildungsvorrang geschaffen haben.

DIE KRITIK AM BÜRGERGELD

Auch wenn es die Union immer wieder so darstellt: Weder die Höhe, noch die Sanktionen wurden durch das Bürgergeld neu geregelt.

Die Höhe des Bürgergeldes ist das Existenzminimum, das nicht nur für das Bürgergeld, sondern auch für die Grundrente und für Menschen mit Behinderung gilt.

Spielraum haben wir da nicht, das hat das Bundesverfassungsgericht zum Glück sehr genau geregelt.

Es stimmt auch nicht, dass Menschen, die arbeiten und alle anderen Leistungen, die ihnen zustehen, weniger mehr Geld in der Tasche haben als Menschen, die Bürgergeld bekommen. Das hat erst im Januar das ifo-Institut wieder ausgerechnet. Insgesamt ist der Lohnabstand sogar gestiegen.

DIE LÖHNE SIND ZU NIEDRIG

20 Prozent der Beschäftigten müssen Bürgergeld beantragen, weil das Einkommen zu gering ist. Das zeigt ganz deutlich: Nicht das Bürgergeld ist zu hoch. Viele Löhne sind zu niedrig!

Es ist schon bezeichnend, dass die Union beim Bürgergeld den Lohnabstand annimmt, aber Mindestloohnerhöhungen ablehnt. Die Höhe gilt übrigens auch für Menschen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung Bürgergeld bekommen, weil sie in dieser Situation eben nicht arbeiten können. Wer sagt, das Bürgergeld ist zu hoch, der will auch diesen Menschen die Leistungen kürzen.

Friedrich Merz und mit ihm viele in der Union sprechen genau diesen Menschen die Leistungsbereitschaft ab und schieben sie in eine „Faulenzer“-Ecke. Das ist das Menschenbild von Friedrich Merz. Aufstocker und Menschen mit Behinderung sind aber keine Faulenzer. Ein solcher Umgang wie bei Friedrich Merz hat nichts zu tun mit Respekt. Wir müssen mit Ausbildung und guter Gesundheitsversorgung alle Menschen in die Lage versetzen, zu arbeiten und sie nicht stigmatisieren.

Wir wollen keinen Sozialstaat, der Angst macht. Unser Weg ist ein anderer. Die Menschen verdienen für anständige Arbeit auch ein anständiges Gehalt. Und die Sicherheit, dass es einen starken Sozialstaat gibt, wenn sie ihn mal brauchen.

Wir wollen nicht Angst machen. Wir wollen Sicherheit geben.



Mit dem neuen Bürgergeld haben wir Hartz IV durch Respekt ersetzt. Das wird von der Union gerade angegriffen. Ihr Ziel: Sozialleistungen kürzen. Unser Weg ist ein anderer: Wir wollen ein anständiges Gehalt für anständige Arbeit. Und einen Sozialstaat, der Sicherheit gibt.

Zu Besuch in Pfaffenhofen: Karl Lauterbach

Das Pharmaunternehmen Daiichi Sankyo baut in Pfaffenhofen ein internationales Innovationszentrum auf. Ungefähr eine Milliarde Euro investiert das Unternehmen, um seinen Produktions- und Entwicklungsstandort auszubauen.

In Zukunft werden in Pfaffenhofen moderne Krebstherapien entwickelt. Das ist eine gute Nachricht für den Wirtschaftsstandort Deutschland, aber auch für unsere Region. Eröffnet hat das neue Betriebsgebäude unser Gesundheitsminister Karl Lauterbach.

Diesen Termin habe ich genutzt, Karl Lauterbach noch zu einem Gespräch zur Zukunft unserer Krankenhäuser in der Region einzuladen. In meinem Wahlkreisbüro im Echtländ CoWorking haben wir mit dem SPD-Kreisvorsitzenden Markus Käser, Landrat Albert Gürtner, Bürgermeister Thomas Herker, der Spitze der Ilmtalklinik in Pfaffenhofen und SPD-Vertreter:innen diskutiert.

KRANKENHAUSREFORM SOLL KLINIKEN IN DER REGION UNTERSTÜTZEN

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die laufende Krankenhaus-Finanzierungsreform, die im April im Bundeskabinett beschlossen werden soll.

Die Ärzte des Pfaffenhofener Krankenhauses machten in diesem Gespräch deutlich, warum diese Reform notwendig ist: Es fehlt an Personal, und es gibt trotz guter Belegung ein Defizit von 17 Millionen Euro pro Jahr. Die Finanzierungsreform könne hier helfen und die notwendigen Strukturen auskömmlich finanzieren.

Die Kliniken in der Planungsregion 10 haben schon wichtige Vorarbeit geleistet. Das regionale Klinikgutachten sieht eine enge Kooperation der Kliniken in Pfaffenhofen und Schrobenhausen mit der Klinik in Ingolstadt vor. Doppelstrukturen können so abgebaut werden, die Spezialisierung der einzelnen Kliniken erhöht die medizinische Qualität, ohne dass bestimmte Standorte extreme Nachteile er-

leiden müssen. Das, so Karl Lauterbach, passt perfekt zur geplanten Strukturreform.

Solche Kooperationen sparen Kosten, bewahren die Versorgungssicherheit vor Ort und erhöhen die Qualität. Über die Vorhaltepauschalen können die Kliniken einen finanziellen Puffer erwirtschaften. Und auch mit Blick auf den Personalmangel helfen Konzentration und Zusammenarbeit.

ECKPUNKTE DER KRANKENHAUSREFORM

Mit diesen Vorhaltepauschalen wird in Zukunft sichergestellt, dass Strukturen in Krankenhäusern nicht länger direkt abhängig von der Leistungserbringung geschaffen und erhalten werden können. Gerade die Versorgung in ländlicheren Räumen wird so sichergestellt. Demnach bekommen Krankenhäuser unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme ihrer Leistungen eine feste Vorhaltevergütung. Zurzeit richtet sich die Vergütung nach den Fallzahlen. Hat eine Klinik mehr mehr OPs, dann bekommt sie mehr Geld. Dies führt zu einem Wettlauf um Patienten. Der Anreiz geht verloren, auch OPs durchzuführen, die in einem Haus nur selten und damit weniger qualifiziert durchgeführt werden.

Zu mehr Qualität wird auch die Einteilung der angebotenen Leistungen in Leistungsgruppen führen. Diese Leistungsgruppen werden bundeseinheitlich mit Mindestqualitätsanforderungen hinterlegt, die erfüllt sein müssen, damit ein Krankenhaus diese Leistungen erbringen kann. Dadurch werden zukünftig

nur die Krankenhäuser Leistungen erbringen können, die dafür auch die technische Ausstattung und das fachärztliche und pflegerische Personal haben.

Lauterbach betonte bei unserem Gespräch, dass die Reform auch eine Zukunft für kleine Krankenhäuser wie das in Mainburg bietet. Durch das Konzept der „Level 1i-Krankenhäuser“ wird eine wohnortnahe medizinische Versorgung gesichert. Level 1i-Krankenhäuser verbinden stationäre Leistungen der interdisziplinären Grundversorgung wohnortnah mit ambulanten fach- und hausärztlichen Leistungen und zeichnen sich durch eine enge Zusammenarbeit mit weiteren Berufsgruppen im Bereich der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung aus. Damit werden sie zu einer wichtigen Brücke zwischen der ambulanten und stationären Versorgung.

Für die Krankenhausreform gibt es also viele gute Gründe. Leider wird die Reform vor allem von Bayern schlechtgeredet. Auch deshalb war dieser Austausch mit Karl Lauterbach wichtig. Ich danke Karl Lauterbach, für die Möglichkeit zum Austausch und fürs Zuhören. Für uns war es ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung, dass er nach Pfaffenhofen gekommen ist!



Zu Besuch im Wahlkreis: Bernhard Daldrup

Vor kurzem hat mich mein Fraktionskollege Bernhard Daldrup, der kommunal- und wohnungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, besucht. Wir waren zwei Tage in der Region unterwegs und haben viele interessante Gespräche geführt.

Gestartet haben wir bei den Stadtwerken Freising. Unser Austausch mit der Geschäftsführung drehte sich u. a. um die Themen kommunale Wärmeplanung und Geothermie.

Als nächstes fuhren wir an den Campus Neuburg der Technischen Hochschule Ingolstadt. Er wurde im Herbst 2021 gegründet und beschäftigt sich mit nachhaltigem Bauen, nachhaltiger Infrastruktur und wie man die wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis umsetzt.

Weiter ging es nach Ingolstadt, wo wir uns mit OB Christian Scharpf und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Stadtrat Christian De Lapuente trafen.

KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG

Wie wollen wir zukünftig heizen? Darüber dann am Abend Michael Schrodi in einer Veranstaltung zum Thema „Kommunale Wärmeplanung“. Etwa 50 Inter-

essierte sind dieser Einladung gefolgt.

Einen Einblick in die Wärmeversorgung vor Ort gab der Pfaffenhofener Oberbürgermeister Thomas Herker. Pfaffenhofen sei vorne dabei bei der Wärmeplanung, im Laufe dieses Jahres würden erste Ergebnisse vorliegen.

GRUNDLAGE DER WÄRMEWENDE

Warum das so wichtig ist, darüber referierte Bernhard Daldrup: „Zum einen müssen wir unser Bestes geben, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Zum anderen wollen wir alle eine zukunftsfeste, verlässliche und bezahlbare Wärmeversorgung. Das kann von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich sein: „Ein Weg kann sein, ein Wärmenetz auf- oder auszubauen. Ein anderer Weg kann sein, das Gasnetz auf Wasserstoff oder grüne Gase wie Biomethan umzustellen. Hinzu kommt noch eine Reihe individueller Lösungen, etwa mit einer Wärmepumpe.“

Einig warum wir uns über die Bedeutung der Wärmeplanung: Hausbesitzerinnen und -besitzer wissen dann, ob bzw. ab wann in ihrer Straße etwa ein Anschluss an die Fernwärme möglich sein wird. Mir ist auch wichtig, dass die Kommunen bei der Wärmeplanung nicht alleine gelassen

werden. Deswegen fördert der Bund die Erstellung der Wärmepläne und unterstützt Kommunen z. B. über das Kompetenzzentrum Wärmewende.

Am nächsten Tag waren wir in der Früh bei Michael Stolze, Bürgermeister von Markt Schwaben. Bei unserem Austausch ging es um verschiedene Bundesprogramme, mit denen Projekte in Kommunen gefördert werden. Weitere Themen waren der Hochwasserschutz sowie die hohen Mieten und Grundstückspreise in der Region.

Das Thema Wohnen stand auch im Fokus unseres nächsten Termins, bei dem uns die Wohnungsbaugenossenschaft "Gemeinsam in Garching" über ein geplantes Bauprojekt informierte.

FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN

Nach dem Gespräch trafen wir rund 30 Kommunalpolitiker:innen bei unserer Veranstaltung zum Thema Kommunalfinanzen. Obwohl in Oberbayern die Kommunen vergleichsweise gut dastehen, haben sie Schwierigkeiten, ihre Aufgaben zu finanzieren. Leider hält gerade der Freistaat seine Kommunen bei der Verteilung der Steuereinnahmen verhältnismäßig an der kurzen Leine ...



Gespräch bei Oberbürgermeister Christian Scharpf über die Ganztagsbetreuung an Grundschulen, die Unterbringung von Geflüchteten sowie die Situation der Krankenhäuser in der Region.



Bernhard Daldrup erläuterte in meinem Pfaffenhofener Wahlkreisbüro im Echtland Coworking den rund 50 Interessierten, wie die kommunale Wärmeplanung funktionieren wird und welche Auswirkungen sich für den privaten Heizungstausch ergeben.

Für Sie unterwegs.

Im Wahlkreis und in Berlin



Foto: Aya Schamoni

Die Ehrenamtlichen der verschiedenen Hilfsorganisationen sind Tag und Nacht für unsere Sicherheit, Notfall- und Gesundheitsversorgung im Einsatz. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Wertschätzung. Zu dieser Wertschätzung gehören auch die Freistellung, Absicherung und Kostenerstattung von Ehrenamtlichen im Einsatz. Die ist bisher von Bundesland zu Bundesland und für die verschiedenen Organisation unterschiedlich. Gemeinsam mit Leon Eckert habe ich die für eine Gleichstellung zuständigen Bundesländer aufgefordert endlich zu handeln.



„Bayern hat etwas Besseres verdient als Markus Söder!“ Mit diesem Worten von unserem Parteivorsitzenden Lars Klingbeil startete mein diesjähriger Aschermittwoch. Und er endete mit meiner eigenen Rede beim SPD-Ortsverein Langenbach. Ich hab mich dabei auf Hubertus Aiwanger eingeschossen. Der ist immer der lauteste Schreihals am Stammtisch und auch sonst mehr Wirtshausminister als Wirtschaftsminister. Während wir für sichere und bezahlbare Industrie kämpfen, sieht er einfach nur zu, wie die Energieversorgung für das Chiemdreeck platzt.



Windkraft und Luftverkehr geht zu oft nicht zusammen. Besonders zu spüren bekommt das z. B. die Bürgerenergiegenossenschaft Freisinger Land im Süden des Landkreises Freising, weil dort die Bundespolizei am Hubschraubersonderlandeplatz Oberschleißheim fliegt. Die unterstützt von hier aus mit ihren Hubschraubern bei der Rettung, beim Transport und beim Katastrophenschutz. Um Lösungsmöglichkeiten für die Windkraft zu suchen, haben mein Bundestagskollege Leon Eckert und ich einen Termin bei der Bundespolizei in Oberschleißheim organisiert.



Am Eröffnungstag habe ich mit der bayerischen Landesgruppe die Grüne Woche in Berlin besucht. Es war großartig zu sehen was unsere bayerischen Verbände, Unternehmen und Kommunen auf die Beine gestellt haben. Mir ist es besonders wichtig, mit den Organisationen aus meinem Wahlkreis im stetigen Austausch zu stehen. Daher hat es mich besonders gefreut, die in Freising ansässige Landesanstalt für Landwirtschaft, den Landkreis Pfaffenhofen mit Landrat Albert Gürtner und das Freisinger Fraunhofer Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung zu besuchen.

Mannschaftssport

Neues aus meinem Team

HOSPITANZ IM BUNDESTAG

Du willst hautnah am politischen Geschehen teilnehmen und meinen Alltag im Bundestag kennenlernen? Zurzeit laufen die Ausschreibungen für zwei Hospitanzprogramme der SPD-Bundestagsfraktion, an denen ich mich beteilige.

Bist Du in einem Verein oder Verband gesellschaftlich engagiert und mindestens 18 Jahre alt? Dann kann die Jugendhospitanz was für Dich sein. Vom 13. bis 17. Mai 2024 lädt die SPD-Bundestagsfraktion ein, den Bundestagsalltag zu erleben – vom Abgeordnetenbüro bis zur Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzung. Es gibt Diskussionen mit hochrangigen Fraktionsmitgliedern über die Themen, die dich beschäftigen. Klingt gut? Dann schick Deine Bewerbungsunterlagen bis

zum 17. März 2024 an die SPD-Bundestagsfraktion. Alle Details zur Hospitanz und den Voraussetzungen findest Du unter <https://www.spdfraktion.de/jugendhospitanz>.

Und am Donnerstag, den 25. April 2024, findet bundesweit wieder der Girls' Day statt. Er bietet jungen Frauen die Möglichkeit, Einblicke in Berufe zu erhalten, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Dies gilt leider immer noch auch für die Politik. Deshalb beteiligt sich die SPD-Bundestagsfraktion auch in diesem Jahr beim Girls' Day mit einem eigenen Programm und lädt insgesamt 60 junge Frauen zwischen 16 und 18 Jahren ein,

unsere Arbeit in Berlin kennenzulernen.

Die Anreise wird am 24. April sein, die Rückreise am 26. April. Die Kosten übernehmen ich und die Fraktion. Lust dazu nach Berlin zu kommen? Dann schreib mir an meine Email-Adresse andreas.mehltretter@bundestag.de, warum Du dabei sein willst.

An diese Adresse kannst Du auch jederzeit eine Bewerbung für ein Praktikum schicken. Wir freuen uns über Unterstützung in unserem Büro; bevorzugt gebe ich Studierenden aus dem Wahlkreis die Möglichkeit, meine Arbeit kennenzulernen.

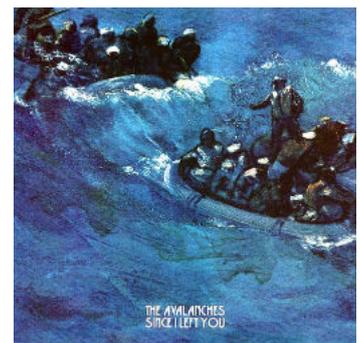
HEAVY ROTATION

Es geht nicht nur um Politik bei mir im Team, oft geht es auch um Musik. Was wir so hören? Gerne lüften wir das Geheimnis. Wer die Musik auch hören will, der findet die Playlist auf Spotify unter www.andreas-mehltretter.de/links/spotify.

Unsere derzeitige Heavy Rotation:

Andreas:
The Avalanches: Frontier Psychiatrist
Eva:
Liedfett: Kommst du mit?
Jessica:
Ace of Base: Happy Nation
Martin:
Experimental Pop Band:
Bang Bang You're Dead

Merlin:
K.I.Z.: Hurra die Welt geht unter
Michi:
Soffie: Für immer Frühling
Tereza:
Taylor Swift: The Lake



Wollt Ihr Abgeordnete kennenlernen und sie eine Woche im Bundestag begleiten?

Bewerbt Euch jetzt!

SPD Fraktion im Bundestag

Foto: Fra-Jacobi/Blitz

The advertisement features a red circular graphic with white text. Below the text is a circular photograph of two young women smiling and clapping. To the right of the photo is a red silhouette of the Reichstag building. The SPD logo and 'Fraktion im Bundestag' are at the bottom.

Andreas Mehlretter

Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel. 030 227-78096

Wahlkreisbüro Freising

Ziegelgasse 11 | 85354 Freising
Tel. 08161 2349444

Wahlkreisbüro Pfaffenhofen

Scheyerer Straße 10 | 85276 Pfaffenhofen
Tel. 08441 7979521

andreas.mehltretter@bundestag.de

Homepage

www.andreas-mehltretter.de

Facebook

[andreamehltretterSPD](https://www.facebook.com/andreamehltretterSPD)

Instagram

[andreamehltretter](https://www.instagram.com/andreamehltretter)

Twitter

[@Mehli](https://twitter.com/Mehli)